

Wechsel im Präsidium

Danke.

Nachdem ich etwas mehr als acht Jahre unsere Aargauer Partei als Präsidentin führen durfte, zuerst die CVP Aargau und seit Januar 2021 Die Mitte Aargau, habe ich sie nun in neue Hände übergeben. Ich blicke zurück auf eine erfüllte und ausgefüllte Zeit. Eine spannende, lehrreiche, intensive, emotionale, lustige und gesellige. Es waren bis heute gegen 400 parteiinterne Anlässe, Parteitage, Parteivorstandssitzungen, Parteileitungssitzungen samt Ausschüssen, Wahlteamsitzungen und unvergessene Retraiten mit dem Parteivorstand, kommunale DVs und solche auf Bezirksebene. Dazu kommen die Strassenaktionen, die Unterschriftensammelaktionen und nicht zu vergessen, die legendären Risottoessen während dem Wahlkampf, redigiert von unserem hochkompetenten Fraktionspräsidenten Alfons Paul Kaufmann, kurz «Mitte-Chefkoch». Es waren Strategiesitzungen, Brainstormings und ja, auch Krisensitzungen, allerdings wenige... Es waren unzählige Begegnungen mit Parteimitgliedern auf allen Ebenen, mit Verbänden und Organisationen, Unternehmensleitungen, Kampagnenteams, mit der Aargauer Regierung, mit anderen Behörden und mit den Kolleginnen und Kollegen der anderen Parteispitzen.

Ich habe zu danken.

Erstens der Geschäftsstelle mit unserem ideenreichen Igor Stevik und der Geschäftsführerin Barbara Totzke, welche sage und schreibe seit 2001 bei uns arbeitet und von deren riesigen Erfahrungsschatz und Kompetenz wir maximal profitieren können. Innerhalb der Partei ist sie in der Rolle als kantonale Geschäftsführerin schweizweit eine Grande Dame.

Zweitens meiner Vizepräsidentin Edith Saner, als politische Sparringpartnerin

und Inputgeberin unübertroffen, ebenso meinem Vizepräsidenten Alfons Paul Kaufmann, den man zusätzlich als Visionär bezeichnen muss. Dreimal hatte er bei den Wahlen einen Sieg versprochen und dreimal ist er eingetroffen.

Drittens der weiteren Parteileitung, Oliver Hunziker und Daniel Käppeli, die uns grafisch, digital und werbetechnisch den Wahlsiegen zuführten, Isabel Landolfo, die den Bezirk Kulm unseren Wählerinnen und Wählern wieder sichtbar machte, Monika Baumann, Parteipräsidentin des Bezirks Zurzach, der Bezirk, der den Wähleranteil 2020 um einmalige 5,6 Prozent erhöhte, Andre Rotzetter für seine erfolgreiche Leitung der Wahlkampagnen der letzten Jahre, Jacqueline Wick, der Präsidentin der Jungen Mitte Aargau, neu auch Präsidentin Die Mitte Bremgarten. Sie ist Teil unserer Zukunft. So, wie auch stellvertretend für viele Junge, dem jüngsten Gemeinderat im Kanton, Nando Suter.

Viertens den Kandidatinnen und Kandidaten auf unseren Wahllisten, die unsere Partei im Aargau zur Bewegung machten, die Fraktion im Grossen Rat stärkten und die Bundeshausfraktion wieder auf drei Mitglieder anwachsen liessen.

Fünftens der Fraktion im Grossen Rat für die Freundschaft, die konstruktive Zusammenarbeit und die grosse gemeinsame Kompetenz in unserem Aargauer Parlament.

Sechstens unserem Landammann und Finanzdirektor Markus Dieth für seine wertvolle Arbeit in der Aargauer Regierung und die ebenso wertvolle Zeit, die er der Partei zur Verfügung stellt.

Siebtens allen Vereinigungen, Orts- und Bezirksparteien für ihre Basisarbeit.



Achtens allen Parteipräsidenten vor mir für ihre Unterstützung und Ratschläge. Im Speziellen meinem Vorgänger Markus Zemp, aber auch Franz Hollinger, Theo Voegtli und Peter Müller. Und auch meinem Vater Anton Keller.

Neuntens allen Parteimitgliedern der CVP Aargau und heutigen Mitte Aargau. Deshalb, dass sie unsere Ideen mittragen und ihnen so Flügel verleihen. Flügel, mit denen nun Edith Saner und Karin Koch abheben. Ich freue mich ausserordentlich über diese engagierte und erprobte Nachfolge. Die Mitte hat ein Powerduo an ihrer Spitze.

Ich habe allen zu danken für die Freundschaften, die ich knüpfen konnte, die Loyalität und die Verbundenheit mit den Grundwerten unserer Mittepartei im Aargau. Gesellschaftlicher Zusammenhalt, statt Spaltung, Konkordanz statt Polarisierung, mehr Lösung statt politischer Egotrip. So sehe ich den staatspolitischen Auftrag der Mitte. Mehr Wir. Weniger Ich. So die Zusammenarbeit. Und so unser Erfolgsrezept.

Der Erfolg ist immer ein gemeinsamer. Viel Erfolg weiterhin.

Marianne Binder, ehemalige Präsidentin Die Mitte Aargau, Ständerätin

Zu jung?

Ich höre oft, dass es schwer sei, junge Menschen für eine Partei zu gewinnen. Wieso ist das so? Ein Grund ist sicher, dass wir Jungen – gerade in der Politik – oft Vorurteilen und Hürden ausgesetzt sind: Wie reagiert mein Umfeld, wenn ich mich zu einer Partei bekenne? Habe ich genügend Zeit? Kann ich das? Politisches Engagement exponiert. Die Gesellschaft glaubt, dich zu kennen und äussert ihre Meinung über dich: «Du bist viel zu jung. Du hast keine Erfahrung. Wieso kandidierst du, wenn du ja sowieso nicht gewählt wirst?» Als Partei sind wir auf «Nachwuchs» angewiesen.

Für den Erfolg der Mitte braucht es neue, junge Mitglieder, die dereinst in die Fussstapfen der erfahrenen AmtsträgerInnen treten. Dies gelingt nur, wenn wir die «Neuen» unterstützen und fördern. Als Präsidentin der Jungen Mitte Aargau erachte ich es deshalb als Aufgabe der Jungpartei, sich fürs Stimmrechtsalter 16 einzusetzen. Dieses nimmt niemandem etwas weg, aber es motiviert und gibt interessierten jungen Menschen die Möglichkeit, die eigene Zukunft ab dem Zeitpunkt aktiv mitzugestalten, indem sie eine Ausbildung beginnen und in die «Erwachsenenwelt» eintreten.

Die Erfahrungen und Chancen, die ich durch mein politisches Engagement ge-

wonnen habe, möchte ich auch anderen ermöglichen. Ich möchte junge Menschen für die Politik begeistern und mit meinem eigenen Engagement vorleben, dass Jungsein kein Handicap ist. Gerade auf Gemeindeebene gibt es viele Möglichkeiten, sich aktiv einzubringen und die eigene Zukunft mitzugestalten.

Die Parteileitung der Mitte Aargau gratuliert Jacqueline Wick ganz herzlich zur Wahl als Ortsparteipräsidentin Bremgarten und wünscht ihr in diesem Amt viele spannende Begegnungen und viel Erfolg.

Jacqueline Wick, Präsidentin
Die Junge Mitte Aargau, Mitglied
Parteileitung Die Mitte Aargau,
Präsidentin Ortspartei Bremgarten

Volksinitiative «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen (Kostenbremse-Initiative)»

Gesundheit ohne Leistungskürzung – das wollen wir!

Wir haben eines der besten Gesundheitssysteme der Welt und diesem müssen wir Sorge geben. Mit der Kostenbremse-Initiative fordern wir nichts anderes, als dass der Bundesrat zusammen mit allen Playern im Gesundheitswesen die Verantwortung für die Kostenentwicklung übernimmt und der interne Verteilungskampf zulasten der Prämienzahlenden aufhört. Mit der Initiative gibt es keinen Abbau von Leistungen oder Rationierungen. Es müssen aber endlich Lösungen gefunden werden, damit die Gesundheitskosten nicht weiter ansteigen. Die Kostenbremse setzt ein, sobald die Kosten in

der Grundversorgung pro Jahr um 20% stärker steigen als die Löhne.

Sparpotenzial ist bekannt

Eine Studie der Akademie Wissenschaft Schweiz zeigt auf, dass in unserem Gesundheitssystem verschiedene Fehlansätze bestehen, die ohne den Abbau von Leistungen korrigiert werden können. Damit sind Einsparungen bis zu 6 Mia. möglich. Das kann beispielsweise erreicht werden, indem unnötige Behandlungen verhindert und Ineffizienzen reduziert werden. Ineffizienzen sind z. B. eine überhöhte Nachfrage für Leistungen, welche nicht zu einer Verbesserung führen, fehlende Anreize für eine gesunde Lebensweise oder den Verzicht auf eine zu risikoreiche Freizeitbeschäftigung. Dass im Aargau jedes Jahr 45 Tonnen Medikamente von Privathaushalten entsorgt werden, darf einfach nicht mehr sein.

Gegenvorschlag verlangt keine Verpflichtung

Obwohl ganz viele Fakten für eine Kostenreduktion bekannt sind, haben die Behörden und Akteure des Gesundheitswesens bisher keine Massnahmen ergriffen. Unsere Initiative packt das Problem an der Wurzel an, bei den Kosten. Alle Akteure im Gesundheitswesen – Kantone, Spitäler, Ärzte, Apotheker, Pflege, Krankenversicherer, Versicherte – müssen gemeinsam finanzielle Verantwortung übernehmen und verstärkt zusammen-



Es müssen Lösungen gefunden werden, damit die Gesundheitskosten nicht weiter ansteigen.

arbeiten um Mehrfachuntersuchungen, unnötige Eingriffe und Übermedikation zu verhindern. Aus diesem Grunde braucht es unsere Initiative. Der Gegenvorschlag will nur Zielvorgaben für die Akteure formulieren, das geht uns zu wenig weit. Wir brauchen eine Verpflichtung, damit sich schnell etwas ändert.

Der Parteitag Die Mitte Aargau empfiehlt mit 100 Ja-Stimmen bei 7 Enthaltungen die Ja-Parole für die Volksinitiative «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen (Kostenbremse-Initiative)».

Monika Baumgartner,
Grossrätin, Tegerfelden

**Prämienexplosion stoppen!
Kosten bremsen.**

JA
zur Kostenbremse
am 9. Juni 2024!

Die Mitte

Genügt der Gegenvorschlag oder eben doch nicht?

Die Prämienentlastungsinitiative verlangt, dass die Versicherten höchstens 10 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für die Krankenkassenprämien ausgeben müssen. Es ist wohl allen klar, dass die monatlichen Prämienrechnungen das Budget stark belasten. Das sehen auch Bundesrat und Parlament so. Deshalb wurde zur Initiative ein indirekter Gegenvorschlag beschlossen. Dieser sieht vor, dass die Kantone zwischen 3,5 und 7,5 Prozent der Kosten der obligatorischen Grundversicherung in Form von Prämienverbilligungen übernehmen. Für den Kanton Aargau bedeutet dies, dass zusätzlich rund 56 Millionen Franken zur Prämienentlastung zur Verfügung gestellt werden müssten.

Die Prämienkosten werden bereits heute für Personen übernommen, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind (Sozialhilfe und Ergänzungsleistungen). Sowohl von der Initiative als auch vom Gegenvorschlag würden also vor allem Familien mit «unteren und mittleren Einkommen» profitieren. Und das ist gut so.

Die Gesundheitsversorgung ist kantonal organisiert. Die Höhe der Gesundheitskosten ist deshalb von Kanton zu Kanton unterschiedlich. Eine Annahme der Initiative würde zu einer weiteren Vermischung der Verantwortlichkeiten zwischen Organisation und Kostenträgern (Bund und Kantone) führen. Damit würde das eigentliche Problem der Gesundheitskosten weiter verschärft und es könnte zu einer unnötigen Mengenausweitung führen. Dies wiederum führt zu höheren Prämien. Der Kanton Aargau gehört heute zu den Kantonen mit einem vergleichsweise günstigen Gesundheitswesen. Entsprechend sind die Krankenkassenprämien im Aargau tiefer als im Durchschnitt der Kantone. Dies ist wichtig, denn schlussendlich geht es darum, wie viel wir nach Abzug der Subventionen selber bezahlen müssen und nicht wie hoch die Subventionen sind.

Der Parteitag Die Mitte Aargau empfiehlt mit 109 nein bei 5 Enthaltungen die Nein-Parole für die Volksinitiative «Maximal 10% des Einkommens für die

Krankenkassenprämien (Prämien-Entlastungs-Initiative)».

Andre Rotzetter,
Grossrat, Buchs



Es ist wohl allen klar, dass die Krankenkassenprämien das Budget stark belasten.

Unversehrtheit bereits verankert. Darum Nein.



Die Folgen der Initiative sind insbesondere für die Arbeit von Polizei und Justiz unklar.

Im politischen und gesellschaftlichen Umfeld der Coronapandemie wurde im Herbst 2020 die Initiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit» lanciert. Das Kernanliegen dieser Initiative besteht darin, dass für staatliche Eingriffe in die körperliche und geistige Unversehrtheit die Zustimmung der betroffenen Person erforderlich sein soll. Dies bedeutet, dass jegliche Handlungen von Bund, Kantonen und Gemeinden, die auf den Körper einwirken, die Zustimmung der betroffenen Person erfordern würden. Dies schliesst nicht nur Impfungen sondern auch andere Bereiche wie Polizeiarbeit, Strafvollzug und Asylwesen ein.

Die Initiative zielt darauf ab, die bereits in der Verfassung verankerte körperliche Unversehrtheit zu stärken. Der Initiativtext ist sehr weit gefasst und spricht allgemein

von «Eingriffen» und nicht spezifisch von Impfungen. Gemäss der Initiative darf eine Person, die ihre Zustimmung verweigert, weder bestraft noch benachteiligt werden.

Bundesrat und Parlament empfehlen die Ablehnung der Initiative. Sie argumentieren, dass die körperliche Unversehrtheit bereits als Grundrecht in der Verfassung verankert ist und dass die Folgen der Initiative, je nach Rechtsprechung und Umsetzung, insbesondere für die Arbeit von Polizei und Justiz, unklar sind.

Der Parteivorstand Die Mitte Aargau empfiehlt einstimmig die Nein-Parole für die Volksinitiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit».

Franziska Stenico,
Grossrätin, Beinwil (Freiamt)

Die Schweiz braucht eine stabile Stromversorgung. Ja zum Mantelerlass.

Es ist schwieriger geworden, die Schweiz jederzeit mit genügend Energie zu versorgen, vor allem in den Wintermonaten. Zudem braucht die Schweiz aufgrund des Bevölkerungswachstums und der Dekarbonisierung mehr Strom für die Wirtschaft, für Elektroautos und Wärmepumpen.

Klare Mehrheit im Parlament

Die einzigen Stromproduktionsanlagen, die heute rasch gebaut werden können, sind erneuerbare Energien aus Wasser, Sonne, Wind und Biomasse. Darin sind sich sowohl der Bundesrat wie auch das Parlament einig. Entsprechend wurde das Bundesgesetz für eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien, auch bekannt unter Mantelerlass, im vergangenen September vom Parlament sehr deutlich verabschiedet, vom Ständerat sogar einstimmig. Das Gesetz stärkt die Versorgungssicherheit. Bei den Wasserkraftanlagen nennt die Vorlage zum Beispiel 16 konkrete Projekte, die mit den

Umweltverbänden ausgehandelt und nun einfacher realisiert werden können.

Landschaftsschützer haben das Referendum ergriffen, weil sie zu starke Eingriffe in die Landschaft befürchten. Die erleichterten Planungsbedingungen ändern aber nichts an den demokratischen Mitsprachemöglichkeiten der Bevölkerung. Abstimmungen zu konkreten Projekten bleiben weiterhin möglich.

Stromproduktion breit abstützen

Mehr als 80 Prozent des geplanten neuen Stromausbaus werden Solaranlagen auf Häusern und weiteren bestehenden Infrastrukturen sein. Um sicher durch den Winter zu kommen, sind nebst den Wasserkraftwerken auch Windanlagen sowie Solaranlagen in den Bergen nötig. Je mehr verschiedene Technologien eingesetzt werden, desto stabiler und widerstandsfähiger ist die Stromversorgung der Schweiz.



Der Parteivorstand Die Mitte Aargau empfiehlt einstimmig die Ja-Parole zur Änderung des Energiegesetzes und des Stromversorgungsgesetzes.

Ralf Bucher, Grossrat, Mühlau

Verfassung des Kantons Aargau (Kurztitel und Klimaparagraf); Änderung vom 7. November 2023

Wir sind es unseren Kindern schuldig, jetzt die Klimaverantwortung in der Verfassung zu verankern.

Am 9. Juni stimmen wir im Kanton Aargau über den «Klimaartikel» ab. An der Sitzung des Grossen Rats vom 31. August 2021 wurde die Parlamentarische Initiative (21.159) Jonas Fricker, Grüne,

Baden (Sprecher), Gian von Planta, GLP, Baden, Uriel Seibert, EVP, Schöffland, Gabi Lauper Richner, SP, Niederlenz, und Alfons Paul Kaufmann, Mitte, Wallbach, vom 15. Juni 2021 betreffend Klima-Artikel in der Verfassung vorläufig unterstützt und der Kommission Umwelt, Bau, Verkehr, Energie und Raumordnung (UBV) zur Behandlung zugewiesen.

Darüber stimmen wir ab

§ 42a (neu) a bis) Klima
Kanton und Gemeinden setzen sich für die Begrenzung des Klimawandels ein und stärken ihre Fähigkeit zur Anpassung an dessen nachteilige Auswirkungen. Sie berücksichtigen dabei die Ziele des Bundes und der für die Schweiz verbindlichen internationalen Abkommen.

Den Befürwortern ist es wichtig, dass mit diesem Klimaartikel in der Verfassung festgehalten werden soll, dass sich Kanton und Gemeinden für die Begrenzung des Klimawandels einsetzen. Sie sollen dafür geeignete Massnahmen umsetzen und die Entwicklung von Tech-

nologien und Prozessen für den Klimaschutz und für die Anpassung an den Klimawandel fördern.

Die Gegner, insbesondere die SVP, befürchten zusätzliche Kosten, mehr Bürokratie und neue Auflagen. Sie setzen auf Eigenverantwortung und nicht auf Paragrafen.

Im Grossen Rat wurde diesem neuen Klimaartikel mit 84 Ja zu 46 Nein zugestimmt. Die damalige CVP war unter Führung von alt Ständerat Julius Binder bereits verantwortlich, dass der Umweltschutzartikel in die Bundesverfassung übernommen wurde. Tun wir es heute gleich mit dem Klimaartikel in der Aargauer Verfassung.

Der Parteitag Die Mitte Aargau empfiehlt einstimmig die Ja-Parole zur Änderung der Verfassung des Kantons Aargau (Kurztitel und Klimaparagraf).

Alfons Paul Kaufmann,
Grossrat, Wallbach



Im Klimaartikel soll festgehalten werden, dass sich Kanton und Gemeinden für die Begrenzung des Klimawandels einsetzen.

Ein Power-Duo für Die Mitte Bezirk Brugg

Anlässlich der Mitgliederversammlung der Bezirkspartei Brugg bei der Killer Interior AG in Lupfig wurden am 18. Januar 2024 Igor Stevik, Windisch, und Beat Saxer, Brugg, als neue Co-Präsidenten gewählt. Sie treten die Nachfolge von Marijan Detelic an, welcher die Bezirkspartei während mehr als acht Jahren mit unermüdlichem Engagement führte. Bei den Ersatzwahlen am Bezirksgericht Brugg vom 3. März 2024 konnte die Bezirkspartei bereits einen ersten Erfolg feiern. Sie gewann mit Beat Saxer nach

mehr als zehn Jahren Abwesenheit mit grossem Abstand auf die SP- und SVP-Kandidatinnen einen der zwei vakanten Sitze. Igor Stevik arbeitet seit bald zwei Jahren auf dem kantonalen Parteisekretariat und bringt daher ein breites Hintergrundwissen über die politischen Abläufe mit. Das Duo Saxer und Stevik bietet Perspektiven und keine Utopien bei den Wahlen 2024 und darüber hinaus!

Beat Saxer und Igor Stevik



Bitte reservieren!

Termine

Café Fédéral Argovia

Montag, 17. Juni 2024, 19.00 Uhr
Montag, 30. September 2024, 19.00 Uhr

Parteitag Die Mitte Aargau

Dienstag, 13. August 2024, 19.00 Uhr
Mittwoch, 23. Oktober 2024, 19.00 Uhr

Wirtschaftsgipfel

Mittwoch, 26. Juni 2024, 19.00 Uhr

Wahlauftakt Grossratswahlen

Samstag, 24. August 2024

Weitere Termine finden Sie unter
www.diemitteaargau.ch/veranstaltungen

**Haben Sie eine neue Adresse?
Oder wollen Sie uns einen Beitrag
schicken?**

**Schreiben Sie uns auf
info@diemitteaargau.ch**

Herausgeber

Die Mitte Aargau
Mitgliederzeitschrift

Erscheinungsweise

4–5x jährlich

Jahresabonnement

Fr. 40.–

Auflage

5850 Exemplare

Administration

Sekretariat Die Mitte Aargau
Laurenzenvorstadt 79, 5000 Aarau
Tel. 056 222 97 97

E-Mail

info@diemitteaargau.ch

Gestaltung, Satz und Druck

Bürli AG, Döttingen